

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 14 (1934-1935)
Heft: 1

Artikel: Plan oder Programm?
Autor: Oprecht, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-332069>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Plan oder Programm ?

Von Hans Oprecht.

»Unsere Sozialrevolutionäre und die Menschewiki gehen an die Frage des Sozialismus doktrinär heran, vom Standpunkt einer auswendig gelernten und schlecht verstandenen Doktrin. Sie stellen den Sozialismus als ferne, unbekante, dunkle Zukunft dar.

Aber der Sozialismus schaut jetzt bereits aus allen Fenstern des modernen Kapitalismus; aus jeder großen Maßnahme, die einen Schritt vorwärts bildet auf der Grundlage dieses modernen Kapitalismus, werden die Umrisse des Sozialismus unmittelbar praktisch erkennbar.«
Lenin.

In seiner Broschüre »Wende des Sozialismus — Ende des Reformismus« definiert Hendrik de Man den Zweck der neuen Politik der Arbeiterklasse, die in der Aktion für den »Plan der Arbeit« mündet: »Wie kann man den Antikapitalismus der Mittelklassen auf die gemeinsamen Ziele ausrichten, um zu verhindern, daß die nationalistische, arbeiterfeindliche und antisozialistische Reaktion Nutzen aus diesen zieht?«

Hendrik de Man nimmt damit, daß er die wesentliche Aufgabe der Politik der Arbeiterbewegung in der Gegenwart darin sieht, ein Abgleiten der Mittelschichten zum Großbürgertum und letztendlich zum Faschismus zu verhindern, die Losung der »revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern« wieder auf, wie sie Lenin im Jahre 1905 gegenüber den Menschewiki vertreten hat. Lenin schrieb damals:

»Worin ist die Quelle des Martynowschen Chaos zu suchen? In der Verwechslung der demokratischen und der sozialistischen Umwälzung, im Vergessen der Rolle der Volksschicht, die zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat steht, der kleinbürgerlichen Masse der armen Stadt- und Landbevölkerung, der Halbproletarier, Halbunternehmer. Leuchtet es denn nicht ein, daß die Durchführung dieser Reformen in der bürgerlichen Gesellschaft undenkbar ist ohne die revolutionär-demokratische Diktatur der untern Klassen? Ist es denn nicht klar, daß es sich hier nicht allein um das Proletariat im Unterschied von der Bourgeoisie handelt, sondern um die unteren Klassen, die den aktiven Motor jeder demokratischen Umwälzung bilden? Diese Klassen sind das Proletariat plus Millionen und aber Millionen armer Städter und Dörfler, die eine kleinbürgerliche Existenz fristen.«

Was 1905 noch Theorie blieb, hat Lenin 20 Jahre später, kurz vor der Machtergreifung der Bolschewiki in Rußland, in der Broschüre »Die drohende Katastrophe, und wie soll man sie bekämpfen¹?« praktisch

¹ Geschrieben am 23./27. September 1917 — veröffentlicht Ende Oktober 1917 in einer Sonderbroschüre.

formuliert. Rußland stand damals, im Sommer 1917, ein halbes Jahr nach der Revolution, und mitten im Kriege, vor einer Katastrophe von beispiellosem Ausmaß. Die Kerensky-Regierung unternahm aber nichts, um den drohenden Zusammenbruch, den Hunger und das Elend abzuwehren. Dabei waren die Mittel zur Bekämpfung der Katastrophe vorhanden. Sie wurden aber nicht angewendet, um, wie Lenin feststellt, »die ungeheuren Profite eines kleinen Häufleins von Kapitalisten und Großgrundbesitzern nicht zu beeinträchtigen«. Lenin bezeichnet in der Broschüre »Die drohende Katastrophe« als die wichtigsten Maßnahmen, die sofort zu ergreifen und auch durchführbar wären, um den Zusammenbruch abzuwenden:

- »1. Zusammenschluß aller Banken zu einer einzigen Bank und staatliche Kontrolle ihrer Operationen oder Nationalisierung der Banken.
2. Nationalisierung der Syndikate, d. h. der größten Monopolverbände der Kapitalisten (Zucker-, Naphtha-, Kohlen-, Metallsyndikat usw.).
3. Abschaffung des Geschäftsgeheimnisses.
4. Zwangssyndizierung (d. h. Zwangsvereinigung in Verbänden) der Industriellen, der Kaufleute, der Besitzer überhaupt.
5. Obligatorischer Zusammenschluß der Bevölkerung zu Konsumgenossenschaften oder die Förderung eines solchen Zusammenschlusses und ihre Ueberwachung.«

Was Lenin darunter im einzelnen versteht, legt er in der Broschüre »Die drohende Katastrophe« ausführlich dar. Zur Nationalisierung der Banken stellt er fest, daß

»in Wirklichkeit die Nationalisierung der Banken, durch die keinem einzigen Eigentümer auch nur eine einzige Kopeke abgenommen wird, absolut keine Schwierigkeiten bietet, weder technische noch kulturelle. Wenn die Nationalisierung der Banken so oft mit der Konfiskation der Privatvermögen verwechselt wird, so trägt die Schuld an der Verbreitung dieser Begriffsverwirrung die bürgerliche Presse, die ein Interesse daran hat, das Publikum zu betrügen.

Das Eigentum an den Kapitalien, mit denen die Banken operieren und die in den Banken konzentriert sind, wird durch gedruckte oder beschriebene Scheine bezeugt, die man Aktien, Obligationen, Wechsel, Quittungen u. ä. m. nennt. Kein einziger dieser Scheine wird durch die Nationalisierung der Banken, d. h. durch die Verschmelzung aller Banken zu einer einzigen Staatsbank, verlorengehen oder wird geändert werden. Wer auf einem Sparkassenbuch 15 Rubel besessen hat, bleibt auch nach der Nationalisierung der Banken Besitzer dieser 15 Rubel, und wer 15 Millionen hatte, dem verbleiben auch nach der Nationalisierung der Banken 15 Millionen in Gestalt von Aktien, Obligationen, Wechseln, Warenscheinen u. ä. m.«

Zweck der Nationalisierung der Banken aber wäre, dem Staat die Möglichkeit zu geben,

»alle wichtigen Geldoperationen ohne Verschleierung zunächst zu überblicken und dann zu kontrollieren, ferner das Wirtschaftsleben zu regulieren und

schließlich Millionen und Milliarden für große staatliche Operationen zu bekommen, ohne den Herren Kapitalisten wahnwitzige Provisionen für ihre Dienste zu zahlen.«

Aehnlich denkt sich Lenin die Nationalisierung der Großindustrie.

»Der Zweck der Syndizierung ist die Einführung der vollständigsten, strengsten und genauesten Rechnungslegung und hauptsächlich die Zusammenfassung der Operationen beim Einkauf der Rohstoffe, beim Absatz der Erzeugnisse, um Volksmittel und -kräfte zu sparen. Diese Ersparnisse bei dem Zusammenschluß zersplitterter Unternehmungen zu einem Syndikat sind, wie die ökonomische Wissenschaft lehrt und das Beispiel aller Syndikate, Kartelle, Trusts zeigt, gewaltig. Wobei noch einmal wiederholt werden muß, daß an und für sich dieser Zusammenschluß zu einem Syndikat die Eigentumsverhältnisse nicht im geringsten ändert und keinem Eigentümer auch nur einen einzigen Groschen wegnimmt. Man muß diesen Umstand kräftig unterstreichen, denn die bürgerliche Presse »schreckt« immer die kleinen und mittleren Besitzer damit, daß die Sozialisten überhaupt und die Bolschewiki im besondern sie »expropriieren« wollen: eine wissentlich falsche Behauptung, da die Sozialisten selbst bei einem vollständigen sozialistischen Umsturz die Kleinbauern weder expropriieren wollen noch können noch werden.«

Es wirkt grotesk, durch den Lenin des Jahres 1917 in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen der westeuropäischen Arbeiterbewegung zur Frage der Landesverteidigung daran erinnert zu werden, wie die Arbeiterschaft einzig das Militärproblem behandeln kann und darf:

»Die Verteidigungsfähigkeit, die militärische Kraft eines Landes mit nationalisierten Banken ist größer als die eines Landes, in dem sich die Banken in Privathänden befinden. Die militärische Kraft eines Bauernlandes, in dem sich der Boden in den Händen von Bauernkomitees befindet, ist größer als die eines Landes mit gutsherrlichem Grundbesitz.«

»Man beruft sich immer auf den heroischen Patriotismus und die Wunder militärischen Heldenmutes der Franzosen in den Jahren 1792 und 1793 . . . Das Beispiel Frankreichs sagt uns eines und nur eines: um Rußland verteidigungsfähig zu machen, um auch hier Wunder an Massenheroismus zu erzielen, muß man mit »jakobinischer« Schonungslosigkeit alles Alte hinwegfegen und Rußland wirtschaftlich umgestalten, erneuern.«

Welchen Sinn gibt Lenin seiner Politik der Bekämpfung der drohenden Katastrophe? Denselben Sinn, den er schon 1905 als den Zweck der Politik der Arbeiterklasse bezeichnet hatte:

»Und das Verhältnis des Proletariats zur Bauernschaft in einem solchen Augenblick bestätigt — mit entsprechender Abänderung — die alte bolschewistische These: die Bauernschaft dem Einfluß der Bourgeoisie entreißen. Nur darin liegt die Gewähr für die Rettung der Revolution.

Die Bauernschaft aber ist der zahlenmäßig stärkste Vertreter der ganzen kleinbürgerlichen Masse.«

Was Lenin 1917 vor der Revolution als Grundlage der Arbeiterpolitik in Rußland vertrat, was Hendrik de Man 1933 als Konsequenz

seiner Erkenntnisse aus dem Zusammenbruch der italienischen, deutschen und österreichischen Arbeiterbewegung verfißt, gilt auch 1934 für die schweizerische Arbeiterbewegung. Es muß der Versuch unternommen werden, ein Bündnis zu schließen zwischen Arbeitern und Bauern, um die machtpolitischen Verhältnisse im Staat zu ändern.

Wie aber ist solches möglich? Mit einem »Aktionsprogramm« oder mit dem »Plan der Arbeit«?

*

Eben recht, um die Diskussion darüber in Gang zu bringen, erscheint der Aktionsplan der »Linken der SPS.« unter dem Titel »Hallo, hallo, die sozialistische Linke spricht«. Es ist nicht unsere Absicht, hiernach die Analyse der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Nachkriegszeit, wie sie in der genannten Broschüre von der »Linken« gegeben wird, einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Es wäre dazu einiges zu sagen. Der Besitz der marxistischen Terminologie allein genügt noch lange nicht, um zu beweisen, daß man auch marxistisch denken kann. Schon das Vorwort der Broschüre zeigt, wie unmarxistisch im Grund die Einstellung der »Linken« zu den geschichtlichen, ökonomischen und sozialen Ereignissen der Gegenwart ist.

Wir wollen hiernach den Beweis dafür antreten, daß die »Linke« in der SPS. in der Tat nichts anderes darstellt als einen »radikalisierten Reformismus«, und daß die »Linke« die Grundlagen der Idee des »Plans der Arbeit« so wenig begriffen hat wie die »alten Reformisten«. Gerade darin aber liegt der Berührungspunkt zwischen dem »radikalisierten Reformismus« der »Linken« und dem ein wenig bräueren und harmloseren Reformismus der »Rechten«. Wer die Broschüre der »Linken in der SPS.« mit ihrer Kritik der bisherigen Politik der schweizerischen Arbeiterbewegung, der Kriseninitiative und des »Plans der Arbeit« mit Interesse zur Hand nimmt, der freut sich dabei darauf, endlich von jemand das Ei des Kolumbus vorgesetzt zu erhalten. Er begegnet dabei einer ersten Enttäuschung, wenn er in der Broschüre liest, daß der Schwerpunkt heute »weniger denn je auf parlamentarischem als auf außerparlamentarischem Gebiete« liege. Welch ein alter Ladenhüter — den brauchte die »Linke« wirklich nicht auszugraben! Darüber, daß die Entscheidungen heute nicht im Parlament, sondern außerhalb des Parlamentes fallen, streiten sich höchstens noch politische Kinder. Aber worin besteht nach dem Programm der »Linken« deren außerparlamentarische Aktion? Vergeblich sucht der geneigte Leser nach einer entsprechenden Aufklärung darüber. Die »Linke« deklamiert: »Wir erklären... die Arbeitslosenversicherung muß sichergestellt werden durch Besteuerung der Kapitalisten, durch progressive Steuern.« »Wir verlangen... sofortiges Krisenopfer der Millionäre... eine Sondersteuer auf Tantiemen... großzügige Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung... In den Vordergrund muß gerückt werden die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, Verbot der Ueberzeitarbeit... Wir fordern den Bau von Krankenhäusern, Volks-

häusern und Altersheimen... Anerkennung der Sowjetunion, planmäßige Organisation des Güterauschanges mit der Sowjetunion.«

Wie diese Forderungen aber durchgesetzt werden sollen, darüber schweigt, verschämt, die Weisheit der »Linken«. Oder soll dadurch die Masse der Arbeiterschaft die richtige Aufklärung darüber erhalten, daß die »Linke« glaubt, den Kapitalisten Fragen stellen zu dürfen?

»Wenn aber die Kapitalisten uns erklären: unter diesen Bedingungen könnten sie keine Arbeitsbeschaffung durchführen, müßten sie die Bude zu machen...

dann stellen wir die Frage: Wozu sind die Fabriken, die Maschinen, die Werkzeuge da?... Um einer verschwindend kleinen Zahl von Schmarotzern Riesenprofite zu bringen, oder um dem gesamten werktätigen Volke zu dienen?

Dann verlangen wir: die Kontrolle der Produktion, die Kontrolle der Industrie durch die Arbeiterklasse.«

Wenn also die Kapitalisten es ablehnen, die Forderungen der »Linken« zu erfüllen, dann stellt sie neue Forderungen, noch weitergehende Forderungen auf, wie »Kontrolle der Produktion«, »Sozialisierung der Banken und Versicherungsinstitute«, »Senkung der Hypothekarzinsen«, »Sanierung der Bundesbahnen auf Kosten der Handvoll Monopolkapitalisten« usw. Wir aber fragen die »Linke«: Wie sollen all diese Forderungen verwirklicht werden? Endlich eine Anweisung darüber: »Durch die Bildung von Delegiertenräten« (der organisierten und unorganisierten Arbeiter, der verschuldeten Bauern, der Angestellten, der Mieter) »und von antifaschistischen Kampfausschüssen, die an Stelle des verfaulenden kapitalistischen Systems die Macht der Arbeiter- und Bauernräte, die Macht der Arbeiter- und Bauernregierung setzen«, sagt die »Linke«. Und sie steigert ihr Pathos in der Feststellung:

»Der Kampf um die Erhaltung des heutigen Lohnes führt an die Schranken der kapitalistischen Ordnung. Der Kampf um die Kontrolle der Produktion, um die Sozialisierung der Banken, um die Entschuldung der Bauern trifft den Kapitalismus in seinem Lebensnerv. Der Kampf um die politischen Rechte führt unmittelbar zum Kampf um die politische Macht.«

Damit ist die »Linke« am Schluß. Am Anfang wie am Ende bleibt jedoch ihrem Aktionsprogramm gegenüber die große Frage nach dem »Wie?« Wie will die »Linke« den Kampf um die politische Macht führen, um ihr Aktionsprogramm durchzusetzen? Und wie will die »Linke« vor allen Dingen jene unorganisierten Arbeiter, Bauern, Angestellten gewinnen, welche sich trotz aller Krise von derartigen alten »KP.-Phrasen« nicht aufwecken lassen?

Es gibt nur zwei Schlußfolgerungen aus der Lektüre des Aktionsprogramms der »Linken der SPS.«: Entweder ist die »Linke«, was wir zu ihrer Ehre annehmen, wie gesagt, bloß »radikalierter Reformismus«, unterscheidet sich prinzipiell damit nicht, sondern nur graduell vom herkömmlichen Reformismus, oder aber sie ist unehrlich. Sie

verschweigt in diesem letztern Fall aus Angst vor der eigenen Courage, wie sie sich in der Tat die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiter und Bauern denkt: durch die Steigerung der Lohnbewegungen, der Streiks der Arbeiterschaft zum allgemeinen Generalstreik, der schließlich überführen soll zur revolutionären Erhebung des Proletariats. Wenn das Strategie und Taktik der Politik der »Linken der SPS.« ist, warum wagt sie dann nicht, dazu zu stehen? Ich will nicht boshaft sein und annehmen, wie es in der »Basler Arbeiterzeitung« geschehen ist, daß der Verfasser der Broschüre kein Schweizer, sondern ein Ausländer sei, der in der Hauptsache die politische und wirtschaftliche Analyse als seinen Anteil zur Plattform der »Linken« geliefert und daß ein Schweizer »Linker« als seinen Beitrag dazu die programmatischen Forderungen aufgestellt habe, wobei der Weg zu deren Verwirklichung in der Diskussion zwischen den verschiedenen Teilen der »Linken der SPS.« eine möglichst geringe Rolle spielen mußte, um die bestehenden Gegensätze besser verkleistern zu können.

Was die »Linke« als Aktionsprogramm aufstellt, ist Abklatsch der programmatischen Forderungen der SPS. aus den Jahren 1931 bis 1933. Beweis der »Vertrauensmann der SPS.« Nr. 5. Die SPS. forderte durch ihren Parteitag 1931 zu den damaligen Nationalratswahlen:

1. Die staatliche Kontrolle der privatmonopolistischen Wirtschaftsgebilde.
2. Beaufsichtigung des Finanzkapitals im Interesse des Schutzes der Spargelder des Volkes.
3. Gemeinwirtschaftliche Handelsmonopole.
4. Die 40-Stunden-Woche.
5. Ausbau der Arbeitslosenversicherung im Sinne ihrer Ergänzung durch staatliche Krisenkassen.
6. Großzügige Anhandnahme von Notstandsarbeiten, entschiedene Abwehr des Lohnabbaues.

Das Krisenprogramm der Partei, das unmittelbar nach den Nationalratswahlen 1931 ausgearbeitet wurde, enthält als wichtigste Forderungen: Kampf gegen Lohnabbau jeder Art, Einführung der 40-Stunden-Woche, Einführung einer befristeten eidgenössischen Krisensteuer, Kontrolle und staatliche Intervention gegenüber monopolistischen Gebilden, Bankenkontrolle. Auch die »12 Punkte der schweizerischen Arbeit« vom September 1933 enthalten alle Forderungen des Aktionsprogramms der »Linken«, so daß ihr gegenüber mit Recht der Vorwurf erhoben werden kann, sie bringe nichts Neues, sei unklar über den Weg, der zur Verwirklichung der Forderungen gegangen werden soll, und glaube dabei, sich gegenüber der Aktion für den »Plan der Arbeit« distanzieren zu müssen, um ihre Sonderexistenz als »Linke« rechtfertigen zu können. Daß sie die Idee des »Plans der Arbeit« überhaupt nicht begriffen hat, sei kurz noch nachgewiesen.

Worin besteht das Grundlegende der Idee des »Plans der Arbeit«? In negativer Hinsicht sei festgestellt, daß der »Plan der Arbeit« nicht allein auf parlamentarischem Weg verwirklicht werden soll noch verwirklicht werden kann. Mit dem »Plan der Arbeit« soll eine Volksbewegung aufgezogen werden, getragen von den Arbeitern, Bauern, den kleinen Leuten in Handel, Gewerbe und den Intellektuellen. Plattform der Volksbewegung bildet dabei der »Plan der Arbeit«. Der »Plan« ist damit Agitationsprogramm. Er soll in alle Hütten und Häuser getragen werden und dort Gegenstand der Diskussion bilden. Alle müssen sich damit beschäftigen, alle, die dem werktätigen Volk angehören. Der »Plan der Arbeit« führt damit alle diejenigen zusammen, die antikapitalistisch eingestellt sind. Wir sind dabei der Auffassung, daß diese antikapitalistische Einstellung in allen Volksschichten äußerst radikal ist (daher die Erfolge der Freigeldler!). Aufgabe der Arbeiterbewegung bildet es, dieser radikalen Einstellung ein konkretes Ziel zu geben. Der »Plan der Arbeit« ist dieses konkrete Ziel. Er zeigt zugleich auch den Weg, den die antikapitalistisch eingestellten Volksschichten gemeinsam gehen können. Der »Plan der Arbeit« bildet damit die Grundlage für eine politische Bewegung, die als Gegenstoß gegenüber den Fronten und dem Faschismus wirken soll. Die Arbeiterbewegung will sich mit dem »Plan der Arbeit« nicht nur verteidigen, sondern sie will damit zum Angriff übergehen. Dabei muß sie das Kampfgebiet und das Kampfziel bestimmen. Das soll nicht ständig durch den Gegner geschehen. Dabei gilt der Grundsatz, daß, im Gegensatz zur üblichen Auffassung dessen, was ein Parteiprogramm ist, der »Plan der Arbeit« als Ganzes und nichts als der »Plan« gewollt wird. Der »Plan« will keine Teillösungen. Er soll aber im Zusammenhang mit den Tagesforderungen der Bewegung verfochten und popularisiert werden.

Mit der neuen Politik, die wir mit dem »Plan der Arbeit« in der Arbeiterbewegung vertreten, soll auf keinen Fall der Kampf gegen den Lohnabbau und für die Tagesforderungen der Arbeiterbewegung aufgegeben werden. Der Kampf gegen die Abbaupolitik der herrschenden Schichten kann aber als reine Abwehrmaßnahme keine Dauerlösung herbeiführen. Deswegen ist eine neue Politik seitens der Arbeiterschaft notwendig zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise. Diese neue Politik fußt auf zwei Grundlagen: auf der Abkehr vom Glauben an die allmähliche Umwandlung der geltenden Ordnung und in der Ablehnung jenes Radikalismus, der in Worten radikal tut, in der Praxis aber mit allen Mitteln des sogenannten Reformismus arbeitet. Die strukturellen Wandlungen der schweizerischen Wirtschaft verlangen einen Wandel der Wirtschaftspolitik, um jedem Werktätigen Arbeit und Brot zu sichern. An die Stelle der planlosen Privatwirtschaft hat die planmäßige Führung der Wirtschaft durch den Staat zu treten. Mit dem »Plan der Arbeit« wollen wir in der Regierung halten, was wir in der Agitation versprochen haben. Der »Plan der Arbeit« ist damit Agitationsprogramm und Regierungsprogramm, und darin liegt seine politische Bedeutung.

Ich möchte damit mit aller Eindringlichkeit die Bedeutung des Kampfes für den »Plan der Arbeit« in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht unterstreichen. Es handelt sich für uns nicht darum, mit dem »Plan der Arbeit« ein paar Sitze mehr im Parlament zu erobern. Es handelt sich auch nicht darum, die 51 Prozent der Stimmberechtigten mit dem Stimmzettel zu gewinnen und dann nach Gutdünken zu regieren; wenn wir mit Hilfe des »Planes« die Volksmehrheit erobert haben, werden wir, in der Regierung, ihn als unser »Programm« auch verwirklichen.)

Es gilt damit eine machtvolle Volksbewegung aufzuziehen, die getragen ist von der Arbeiterschaft, den Angestellten, den Bauern, den kleinen Leuten in Handwerk, Gewerbe und Handel, und nicht zuletzt von den Intellektuellen und den Jungen. Sie alle sollen durch den »Plan« zu einer neuen Politik zusammengeführt werden. Sie alle bilden die große Mehrheit des Volkes, die mit dem »Plan der Arbeit« im Interesse der großen Mehrheit des Volkes durch die Aenderung der machtpolitischen Verhältnisse im Staat eine neue Regierung zur Herrschaft führt, deren Programm der »Plan« bildet. Wenn es gelingt, diese Volksmehrheit zu schaffen mit Hilfe und auf der Grundlage des »Plans der Arbeit« und uns dabei der unerschütterliche Wille zur Macht bewegt und führt, dann kann kein Hindernis in der Welt uns den Weg zur Macht verrammen. Die von der »Linken« von jeher übertrieben betonte Bedeutung der bewaffneten Auseinandersetzung im Zeitpunkt der Ergreifung der Macht durch das werktätige Volk, die nach ihrer Auffassung unvermeidbar ist wegen des angeblich erbitterten Widerstandes der zur Minderheit gewordenen herrschenden Klasse, die nicht abtreten wolle, wird damit ins richtige Maß gesetzt. Hitler, Mussolini und im Oktober 1917 auch die Bolschewiki sind ohne bewaffneten Aufstand von irgendwelcher Bedeutung an die Macht gelangt. Sie waren aber besessen vom Willen zur Macht und darum auf ihrem Wege dazu nicht aufzuhalten. Wir zitieren schließlich noch einmal L e n i n :

»Und als Antwort auf die anarchistischen Einwände, daß wir die sozialistische Umwälzung aufschieben, werden wir sagen: wir schieben sie nicht auf, sondern machen den ersten Schritt zu ihr auf die einzig mögliche Weise und auf dem einzig richtigen Wege, nämlich auf dem Wege der demokratischen Republik. Wer einen andern Weg zum Sozialismus einschlagen will, nicht den des politischen Demokratismus, gelangt unvermeidlich zu Schlußfolgerungen, die sowohl im ökonomischen als auch im politischen Sinne unsinnig und reaktionär sind.«

Die Einheitsfront der Salonbolschewisten

Von S t y x.

I.

Die Diskussionen in der sozialdemokratischen und kommunistischen Presse der Schweiz über das Thema »Einheitsfront« haben Dimensionen angenommen, die nachgerade zu einer Bedrohung der vitalsten Inter-